Konkordat betreffend die Schweizerische Ingenieurschule für Landwirtschaft¹

Vom 16. April 1964

GS 22.690

In der Absicht, eine Schweizerische Ingenieurschule für Landwirtschaft (im folgenden Ingenieurschule für Landwirtschaft genannt) zur Aus- und Weiterbildung landwirtschaftlicher Kader der tertiären Schulstufe zu betreiben, beschliessen die Kantone das folgende Konkordat:²

Artikel 1 Verpflichtung der Kantone

¹ Die Kantone verpflichten sich, gestützt auf die nachstehenden Bestimmungen, zur Gründung eines Landwirtschaftlichen Technikums und zu dessen Unterhalt auf unbestimmte Zeit.

² Das Landwirtschaftliche Technikum hat seinen Sitz in Zollikofen/Bern.

Artikel 2 Zweck und allgemeine Grundsätze

¹ Die Ingenieurschule für Landwirtschaft hat folgenden Zweck:

- die Ausbildung von Ingenieuren, die in Land- und Milchwirtschaft höhere Funktionen, sowohl im nationalen wie im internationalen Bereich, ausüben können, soweit dafür kein Universitätsabschluss nötig ist;
- die Fort- und Weiterbildung der Kader;
- Mitarbeit bei Projekten für angewandte land- und milchwirtschaftliche Forschung, Entwicklung und Technologietransfer, die einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung des Ausbildungszweckes nach den Buchstaben a und b leisten.³

² Das Landwirtschaftliche Technikum wird für den allgemeinen und soweit möglich, besonders bei genügender Teilnehmerzahl, auch für den speziellen Teil zweisprachig (deutsch und französisch) geführt.

³ Die finanzielle Belastung der Schüler durch das Studium soll im Rahmen des Möglichen, insbesondere durch ein fakultatives Internat, gemildert werden.⁴

¹ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

² Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

³ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

⁴ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

⁴ Die Plätze am Landwirtschaftlichen Technikum werden nach einem Schlüssel (Anhang 1) aufgrund der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Nutzfläche ohne Wald und Alpweiden auf die Kantone verteilt. Die Schlüsselzahlen sind alle 10 Jahre auf der Basis der neuesten Zählungsergebnisse zu revidieren.¹

⁵ Die Zahl der ausländischen Schüler soll normalerweise nicht über 10 Prozent der vorhandenen Plätze hinausgehen.

⁶ Wer die Abschlussprüfung bestanden hat, ist berechtigt, die Bezeichnung Ingenieur HTL, Land- oder Milchwirtschaft (oder eine andere vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement festgelegte Bezeichnung) zu führen.²

Artikel 3 Sonderverpflichtung des Sitzkantons

¹ Unter Vorbehalt der Annahme durch das Volk verpflichtet sich der Kanton Bern als Sitzkanton:

- einen Grundbeitrag von 2,5 Millionen Franken an die Bau- und Einrichtungskosten zu leisten;
- eine Landparzelle von 400 a in der "Meielen", Gemeinde Zollikofen, unentgeltlich für die Errichtung des Landwirtschaftlichen Technikums und seiner Nebengebäude zur Verfügung zu stellen. Die betreffende Parzelle, die Eigentum des Kantons Bern bleibt, wird auf neunundneunzig Jahre mit einem Baurecht zugunsten des Landwirtschaftlichen Technikums belastet;
- dem Landwirtschaftlichen Technikum eine Landparzelle von 83 a im "Pistolacker", Gemeinde Zollikofen, als Übungsgelände für den Landmaschinen-einsatz auf neunundneunzig Jahre zur Verfügung zu stellen;
- dem Landwirtschaftlichen Technikum während neunundneunzig Jahren auf dem Gutsbetrieb der kantonalen landwirtschaftlichen Schule Rütli, Gemeinde Zollikofen, bis zu 400 a landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung zu halten, um darauf im Rahmen der normalen Fruchtfolge pflanzenbauliche Versuche durchzuführen. Nach der Feststellung der Versuchsergebnisse gehört die Ernte dem Gutsbetrieb der landwirtschaftlichen Schule Rütli;
- dem Landwirtschaftlichen Technikum gegen Entschädigung das Vieh, die Maschinen sowie die Laboratorien und weitere Lokalitäten der Molkereischule und der Landwirtschaftlichen Schule Rütli zur Verfügung zu stellen, soweit dadurch der Unterrichtsablauf der Schulen nicht gestört wird. Die Benützung erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen der Direktoren;
- befahrbare und geteerte Zufahrtswege bis an die Grenze des Geländes des Landwirtschaftlichen Technikums zu erstellen und für den Anschluss an die Wasserversorgung, an das Strom- und Telephonnetz sowie ab dieser Grenze für die Abwasserkanalisation besorgt zu sein;

¹ Fassung vom 14. Dezember 1973, vom BR am 20. August 1975 genehmigt; in Kraft getreten am 1. September 1975 (AS 1975.1638; GS 25.651).

² Ergänzung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

g. das Landwirtschaftliche Technikum von allen Kantons- und Gemeindesteuern zu befreien.

² Dagegen verfügt der Gutsbetrieb der Landwirtschaftlichen Schule Rütli unentgeltlich (nach Vereinbarung mit dem Direktor der Institution) über die Ernte der unter b) und c) bezeichneten Parzellen oder von der Fläche, die vom Landwirtschaftlichen Technikum nicht benutzt wurde.

³ In Zusammenarbeit mit der in Artikel 10 genannten Verwaltung übernimmt der Kanton Bern die Funktion und die Verantwortung als Bauherr auf Rechnung der Konkordatsmitglieder.

Artikel 4 Erstellungskosten und ihre Deckung

¹ Die Kosten für die Erstellung, den Ausbau und die Einrichtung des Landwirtschaftlichen Technikums von insgesamt 8,5 Millionen Franken werden wie folgt verteilt:

Eidgenossenschaft	3 Millionen Fr.
Kanton Bern (Grundbeitrag)	2,5 Millionen Fr.
Kantone gemäss Verteilungsschlüssel	3 Millionen Fr.
	Total 8,5 Millionen Fr.

² Der diesem Konkordat beigefügte Verteilungsschlüssel (Anhang 2) richtet sich nach:

- der landwirtschaftlichen Bevölkerung von 1950;
- der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Jahre 1955 (ohne Wald und Alpenweiden);
- dem Index der Finanzkraft der Kantone im Jahre 1961.

³ Eine allfällige Erhöhung der Erstellungskosten wird den Kantonen nach dem gleichen Schlüssel (Absatz 2) belastet. Ein allfälliger Überschuss wird gemäss Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) verwendet.

⁴ Der Anteil der Kantone, die dem Konkordat nicht beitreten, wird von einer Bank als Darlehen in Form einer Hypothek auf die Liegenschaft des Landwirtschaftlichen Technikums aufgenommen. Dieses Darlehen wird beim Anschluss weiterer Kantone und nach den in Artikel 17 Absatz 1 vorgesehenen Modalitäten entsprechend zurückerstattet.

Artikel 4^{bis1} Schulerweiterung für "Internationale Landwirtschaft"

¹ Es wird eine neue Fachrichtung "Internationale Landwirtschaft" eingeführt. Die daraus entstehenden Kosten von voraussichtlich 7,98 Millionen Fr. (Baukosten-Index August 1990) für Bauten und Einrichtungen werden wie folgt gedeckt:

- Eidgenossenschaft: mindestens 35% der anrechenbaren Kosten.
- Kantone: Rest gemäss Verteilungsschlüssel (Anhang III).

¹ Ergänzung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

Die Deckung der Betriebskosten erfolgt gemäss Artikel 5.

² Der im Absatz 1 erwähnte Verteilungsschlüssel berücksichtigt:

- die Wohnbevölkerung 1988 mit doppeltem Gewicht;
- die landwirtschaftlich genutzte Fläche 1985 (ohne Wald und Alpweiden) mit einfachem Gewicht;
- den Index der Finanzkraft 1990.

³ Eine teuerungsbedingte Erhöhung der Erstellungskosten wird nach Abzug des Bundesbeitrages den Kantonen nach dem gleichen Schlüssel (Absatz 1) belastet.

Artikel 5 Jährliche Kosten und ihre Deckung

¹ Die jährlichen Kosten umfassen die Aufwendungen für den Betrieb des Landwirtschaftlichen Technikums sowie die Rückstellungen gemäss Artikel 6.

² Die jährlichen Kosten werden wie folgt gedeckt:

- Schulgeld und Pension;
- Beiträge des Bundes und der Kantone;
- Einnahmen aus Spezialkursen, Konferenzen und weiteren Veranstaltungen;
- Aktivsaldo des Vorjahres;
- allfällige weitere Mittel.

³ Zur teilweisen Deckung der jährlichen Kosten des Landwirtschaftlichen Technikums verpflichten sich die Kantone zu einem Beitrag von 1500 Fr. je Platz und Jahr. Dieser Beitrag ist von der tatsächlichen Schülerzahl unabhängig.

⁴ Die Nettojahreskosten, das heisst die Kosten nach Abzug der vorerwähnten Einnahmen, werden im Verhältnis zur Schülerzahl (ausgedrückt in Schülertagen der Kurse, welche eine Dauer von mehr als sechs Tagen aufweisen) auf die Kantone verteilt. Massgebend ist der Wohnsitzkanton der Schüler (Artikel 26 ZGB).

⁵ Ausländische Schüler bezahlen eine zusätzliche Gebühr.

Artikel 6¹ Rückstellungen und Fonds

¹ Vom Zeitpunkt an, in welchem das Konkordat in Kraft tritt, werden in einem Fonds folgende Rückstellungen vorgenommen:

- Rückstellung für den Unterhalt der Immobilien
Sie wird durch eine jährliche Einlage von 1 Prozent des Grundwertes der gesamten Baukosten gespiesen, welche als Bestandteil der nach Artikel 5 aufgeteilten Kosten erhoben wird, sowie durch allfällige weitere Mittel.
- Rückstellung für die Erneuerung der Einrichtungen
Diese Rückstellung ist für die Erneuerung der Einrichtungen, besonders des Maschinenparkes, und die Verbesserung der Installationen bestimmt. Sie wird wie folgt gespiesen:

¹ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

- durch eine jährliche Einlage von 7 Prozent des Grundwertes des Maschinenkapitals und des Schulmaterials, welche als Bestandteil der nach Artikel 5 aufgeteilten jährlichen Kosten erhoben wird;
- durch Schenkungen, Legate und andere Unterstützungsbeiträge, welche nicht an eine ausdrückliche Zweckbestimmung gebunden sind;
- durch allfällige weitere Mittel.

² Der Konkordatsrat kann weitere Rückstellungen und Fonds schaffen.

³ Die unter Absatz 1 Buchstaben a und b erwähnten Grundwerte richten sich nach dem Stand der Bau- und Maschinenkosten. Der Index des Jahres 1961 wird als Basis genommen.

⁴ Die Kapitalien werden in mündelsicheren schweizerischen Wertpapieren angelegt. Ihre Erträge werden den Reserven zugewiesen.

⁵ Der Konkordatsrat ist befugt, die Ansätze je nach der Höhe der Rückstellungen zu ändern.

Artikel 7 Besondere Fälle

¹ Die Schüler aus Kantonen, die nicht am Konkordat beteiligt sind, bezahlen folgende Entschädigung:

- a. den Anteil an die Netto-Jahreskosten gemäss Artikel 5 Ziffer 4;
- b. einen Grundbeitrag, dessen Höhe durch ein internes Reglement festgelegt wird.

² Die dem Konkordat nicht angeschlossenen Kantone werden eingeladen, den Kostenanteil zu übernehmen, der den auf ihrem Gebiet wohnhaften Schülern gemäss Absatz 1 auferlegt wird.

Artikel 8 Organe

¹ Die Organe des Konkordates sind:

- a. der Konkordatsrat;
- b. die Verwaltung;
- c. die Geschäftsprüfungskommission.

² Die Wahl erfolgt auf vier Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig, ausgenommen, wenn ein Vertreter das 68. Altersjahr im Zeitpunkt der Wahl überschritten hat.

Artikel 9 Der Konkordatsrat

¹ Der Rat setzt sich wie folgt zusammen:

- a. a n g e -1 Mitglied
schlosse-
ne Kanto-
ne je

- b. Eidge-2 Mitglieder
nossen-
schaft
- c. E T H1 Mitglied
Zürich,
Abtei-
lung
Land-
wirt-
schaft
- d. Schwei-2 Mitglieder
z e r i -
s c h e r
Verband
d e r
Ingenie-
ur-Agro-
nomen
und der
Lebens
mittel-
Inge-
nieure
- e.¹ Schwei-2 Mitglieder
z e r i -
s c h e r
Verband
d e r
Agro-
Inge-
nieure
HTL

Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bezeichnen. Die Mitglieder und ihre Stellvertreter werden durch die Instanzen bestimmt, welche sie delegieren.²

² Die Befugnisse des Rates sind:

- Ernennung des Präsidenten, des Vizepräsidenten und des Sekretärs des Rates;
- Ernennung der Mitglieder der Verwaltung;
- Ernennung, alle zwei Jahre, eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission und eines Stellvertreters, welche die Kantone vertreten;
- Genehmigung der Lehrpläne sowie des Arbeitsprogrammes und des Voran-

¹ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

² Fassung des Absatzes 1 vom 14. Dezember 1973, vom BR am 20. August 1975 genehmigt; in Kraft getreten am 1. September 1975 (AS 1975.1638; GS 25.651).

schlages des Landwirtschaftlichen Technikums;

Genehmigung des Tätigkeitsberichtes und der Rechnung des Landwirtschaftlichen Technikums;

Erlass der internen Reglemente und der Besoldungsordnung;

Behandlung der übrigen Geschäfte, die Gegenstand einer ordnungsgemässen Traktandenliste bilden.

³ Der Rat vereinigt sich einmal im Jahr zu einer ordentlichen Sitzung und auf Verlangen von einem Viertel seiner Mitglieder oder auf Gesuch der Verwaltung hin zu ausserordentlichen Sitzungen. Beschlüsse werden nach einfachem Mehr der anwesenden Mitglieder gefasst.

⁴ Die Einladungen sind mindestens drei Wochen vor einer Sitzung zu verschicken. Der Rat kann nur Beschlüsse fassen, soweit es sich um Geschäfte handelt, die auf der Tagesordnung der Einladung stehen.

Artikel 10¹ Die Verwaltung der Schweizerischen Ingenieurschule für Landwirtschaft

¹ Die Verwaltung setzt sich wie folgt zusammen:

a. Eidgenossenschaft	1 Mitglied
b. Sitzkanton	1 Mitglied
c. Andere Kantone, wovon ein westschweizerischer oder das Tessin	2 Mitglieder
d. Schweizerischer Verband der Ingenieur-Agronomen und der Lebensmittel-Ingenieure	1 Mitglied
e. Schweizerischer Verband der Agro-Ingenieure HTL	1 Mitglied

Die Mitglieder der Verwaltung brauchen dem Konkordatsrat nicht anzugehören. Die Verwaltung konstituiert sich selbst.

^{1bis} Der Direktor nimmt in der Regel an den Sitzungen der Verwaltung teil. Er hat beratende Stimme und Antragsrecht.

^{1ter} Ein Vertreter der Lehrerkonferenz mit beratender Stimme kann zu den Sitzungen eingeladen werden.

² Die Befugnisse der Verwaltung sind:

- Ernennung des Direktors, des Vizedirektors, der Professoren, der Assistenten und des Personals der Ingenieurschule für Landwirtschaft, Aufstellen der Pflichtenhefte und Festlegung der Besoldungen im Rahmen der Reglemente;
- Vertretung der Schule gegen aussen;
- Verwaltung der Spezialfonds;
- Entscheidung über budgetierte Ausgaben, welche 10 000 Fr. übersteigen;

¹ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

- Entscheidung über nichtbudgetierte Ausgaben bis 4000 Fr. unter Vorbehalt der Deckung;
- Überwachung der Kurse und des Betriebes der Institution;
- Vorbereitung der Sitzung des Konkordatsrates;
- letztinstanzliche Entscheidung von Differenzen zwischen dem Personal der Ingenieurschule für Landwirtschaft;
- Erledigung weiterer Aufgaben gemäss den internen Reglementen.

Artikel 11 Die Geschäftsprüfungskommission

¹ Die Kommission hat folgende Befugnisse:

Prüfung der Rechnung;

Prüfung, ob die Geschäftsführung im Sinne der Beschlüsse des Rates oder der Verwaltung vollzogen wird;

Berichterstattung an den Rat.

² Die Geschäftsprüfungskommission setzt sich wie folgt zusammen:

Eidgenossenschaft 1 Mitglied;

Kantone 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter.

³ Jedes zweite Jahr hat sich der am längsten im Amte stehende Vertreter der Kantone zurückzuziehen und der amtsälteste Stellvertreter wird sein Nachfolger. Die in der Verwaltung vertretenen Kantone können nicht gleichzeitig in der Geschäftsprüfungskommission vertreten sein.

Artikel 12 Beziehungen der verschiedenen Organisationen zum Landwirtschaftlichen Technikum

¹ Die Beziehungen zwischen dem Landwirtschaftlichen Technikum und den verschiedenen Organisationen, welche dort Kurse und Konferenzen durchführen werden, bilden Gegenstand eines durch die Verwaltung und die verantwortlichen Organe der betreffenden Organisation genehmigten Reglementes.

² Die Leistungen des Landwirtschaftlichen Technikums sind nach zum voraus festzulegenden Bedingungen zu vergüten. Grundsätzlich ist das Landwirtschaftliche Technikum für seine Leistungen zu entschädigen.

³ Die Verwaltung bestimmt, ob Kurse, Versammlungen und Veranstaltungen verschiedener Art am Landwirtschaftlichen Technikum stattfinden können und setzt die diesbezüglichen Bestimmungen fest.

Artikel 13 Interkantonale Lehrmittelzentrale für den landwirtschaftlichen Unterricht

Das Landwirtschaftliche Technikum stellt der Zentrale in seinen Gebäuden die notwendigen Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung. Sie wird durch den Schweizerischen Verband der Ingenieur-Agronomen verwaltet.

Artikel 14¹**Artikel 15 Internationale Kurse**

Das Landwirtschaftliche Technikum kann für internationale Kurse herangezogen werden, welche der Bund durchführt oder deren Patronat er übernimmt.

Artikel 16² Einzahlung der Kantonsbeiträge

Die am Konkordat beteiligten Kantone verpflichten sich einzuzahlen:

- a. ihren Anteil an die Erstellungskosten (Artikel 4) nach rechtsgültigem Beitritt;
- b. den aufgrund der reservierten Plätze berechneten Beitrag (Artikel 5 Absatz 3) je zu Beginn des Jahres;
- c. den Anteil an die jährlichen Kosten (Artikel 5 Absatz 4) zu 40 Prozent im August des Vorjahres, zu 50 Prozent im Januar des Rechnungsjahres und den Rest nach Abschluss der Rechnung.

Artikel 17 Beitritt und Kündigung

¹ Kantone, die nach dem Inkrafttreten des Konkordates aufgenommen werden wollen, haben ihren Anteil laut Verteilungsschlüssel, nach Abzug der Hälfte ihrer Beiträge an die Erstellungskosten gemäss Artikel 7 Absatz 2, einzuzahlen.

² Die dem Konkordat angeschlossenen Kantone haben das Recht, ihre Mitgliedschaft unter Beachtung einer dreijährigen Frist auf das Ende eines Schuljahres zu kündigen. Das einbezahlte Kapital wird nicht zurückerstattet.³

³ Aufnahmegesuche und Kündigungen sind an den Bundesrat zu richten, der sie an die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren, an den Konkordatsrat und an die angeschlossenen Kantone weiterleitet.

Artikel 18 Inkraftsetzung

¹ Das Konkordat tritt nach der Genehmigung durch den Bundesrat⁴ und der Veröffentlichung in der Eidgenössischen Gesetzessammlung⁵ in Kraft. Es wird als rechtsgültig betrachtet, sobald die Beiträge der Kantone an die Erstellungskosten die Summe von 4 Millionen Franken erreichen.

² Das Fürstentum Liechtenstein kann dem Konkordat mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Kantone beitreten.⁶

¹ Aufgehoben am 4. Oktober 1990 (GS 31.237), mit Wirkung ab 16. März 1993.

² Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

³ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

⁴ Vom Bundesrat am 1. September 1964 genehmigt und in der eidgenössischen Gesetzessammlung 1964, Seite 835, veröffentlicht.

⁵ Vom Bundesrat am 1. September 1964 genehmigt und in der eidgenössischen Gesetzessammlung 1964, Seite 835, veröffentlicht.

⁶ Ergänzung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

Anhang 1¹**Verteilungsschlüssel für die reservierten Plätze an der Ingenieurschule für Landwirtschaft**

Kanton	Landw. Bevölkerung 1980	Landwirtschaftliche Nutzfläche 1980	Verteilung der Plätze 1990	Jährliche Pauschalentschädigung
ZH	20 023	78 054	8	12 000
BE	63 588	196 265	23	34 500
LU	30 565	80 994	11	16 500
UR	3 068	7 125	1	1 500
SZ	8 525	25 975	3	4 500
OW	3 666	8 593	1	1 500
NW	2 755	6 665	1	1 500
GL	1 897	7 631	1	1 500
ZG	3 398	11 641	1	1 500
FR	19 635	78 772	8	12 000
SO	7 041	33 173	3	4 500
BS	105	526	1	1 500
BL	4 335	19 555	2	3 000
SH	2 895	14 211	1	1 500
AR	3 682	12 694	1	1 500
AI	2 815	7 432	1	1 500
SG	23 707	77 499	9	13 500
GR	12 153	58 396	6	9 000
AG	17 389	64 905	7	10 500
TG	15 772	53 865	6	9 000
TI	4 177	14 440	2	3 000
VD	23 142	110 621	11	16 500
VS	13 732	35 248	5	7 500
NE	4 816	33 224	3	4 500
GE	2 115	12 508	1	1 500
JU	5 584	36 049	3	4 500
FL			1	1 500
Total	300 580	1 086 060	121	181 500

¹ Fassung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

Anhang 2**Verteilungsschlüssel (in 1000 Franken) für die Finanzierung des Landwirtschaftlichen Technikums im Kostenbetrag von 8,5 Millionen Franken**

A	3000
B	2500
ZH	435
BE	622
LU	174
UR	15
SZ	38
OW	9
NW	26
GL	27
ZG	40
FR	127
SO	107
BS	10
BL	76
SH	40
AR	30
AI	7
SG	181
GR	90
AG	229
TG	117
TI	52
VD	301
VS	84
NE	92
GE	70
	8499

A Anteil des Bundes

B Anteil des Sitzkantons (Bern)

Anhang 3¹**Verteilungsschlüssel für die Investitionskosten der
Fachrichtung Internationale Landwirtschaft**

Eidgenossenschaft: 2 450 000 Fr.

Kantone: 5 530 000 Fr.

Kanton	Wohnbevölkerung 1988 (Doppeltes Gewicht)	Landwirtschaftliche Nutzfläche 1985 (Einfaches Gewicht)	Finanzkraft 1990	Anteil
ZH	1 141 494	7 686 621	151	852 500
BE	932 577	19 672 285	71	815 000
LU	311 761	8 057 722	67	294 000
UR	33 544	712 800	30	27 000
SZ	106 409	2 586 506	79	100 000
OW	27 896	871 008	49	27 500
NW	31 619	656 763	90	28 500
GL	36 953	759 718	90	33 000
ZG	83 419	1 163 203	202	80 500
FR	200 166	7 731 458	62	227 500
SO	221 464	3 318 071	84	176 000
BS	190 854	51 418	171	123 000
BL	228 151	1 948 760	102	162 500
SH	70 317	1 422 674	100	64 000
AR	50 328	1 268 735	69	47 000
AI	13 333	772 495	51	19 000
SG	410 773	7 637 693	87	353 500
GR	167 904	5 844 202	67	182 500
AG	484 308	6 422 120	96	380 000
TG	198 371	5 351 937	93	201 000
TI	280 630	1 398 573	76	173 000
VD	565 181	10 855 458	90	495 000
VS	239 048	3 438 551	44	172 500
NE	157 436	3 252 527	54	131 500
GE	371 356	1 190 271	152	252 500
JU	64 681	3 562 307	37	85 500

1 Ergänzung vom 4. Oktober 1990 (GS 31.237), in Kraft seit 16. März 1993.

FL	28 181	346 400	200	26 000
Total	6 648 154	107 980 276	93.64 ¹	5 530 000

1 Gewogenes Mittel.